
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 4

Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen am 10.09.2007

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Klaus-Dieter Bröckling
Jens Hebebrand
Hans-Jörg Piasecki
Theodor Rieke
Detlef Schwerdt
Heinz Steffen
Walter Teumert
Wolfgang Barrenbrügge
Jörg-Uwe Ebner
Wilhelm Jasperneite
Helmut Krause
Ursula Sopora
Hubert Zumbusch
Herbert Goldmann
Andrea Hosang
Michael Klostermann
Karin Goddinger
Rotraud Niemann
Dieter Drescher

Mitglieder ohne Stimmberechtigung

Udo Gabriel

Von der Verwaltung

Gäste- und Zuhörer/innen

Herr Kreisdirektor Stratmann
Herr Appel, L FD 10
Herr Adam, FD 10
Frau Rauert, PK
Herr VertgeWall, Schriftführer

Herr Erdmann, Geschäftsführer der
SPD-Kreistagsfraktion
Frau Kleimann, Hospitantin
weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Barrenbrügge begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Bestellung einer stellv. Schriftführerin für den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

Punkt 2

130/07

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2007

Punkt 3

Vermögens- und Schuldenübersicht des Kreises Unna zum Stichtag 01.01.2007

- mündlicher Bericht

Punkt 4

163/07

Konzernbericht;

Antrag der CDU-Fraktion vom 06.08.2007

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 6

164/07

Ertragsoptimierung des RWE-Aktienvermögens

Punkt 7

Öffentlicher Teil

Punkt 1

Bestellung einer stellv. Schriftführerin für den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Gabriele Bierwolf-Siegrist als stellv. Schriftführerin für den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 2

130/07

Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2007

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann weist auf den vorliegenden Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2007 hin. Die Daten entwickelten sich schlechter, als es eigentlich geplant gewesen sei. Hintergrund hierfür sei insbesondere die Veränderung der Berechnungsmethode zur Verteilung der Landesersparnisse bei den Wohngeldausgaben, die u.a. zu Lasten des Kreises Unna gehe. Es müsse hier von einem Einnahmeverlust in Höhe von etwa 4 Mio. Euro ausgegangen werden. Da die Gründe für die Verfahrensänderung nicht nachvollziehbar seien, behalte man sich in der Angelegenheit rechtliche Schritte bis hin zur Klage vor. Zunächst werde man jedoch den entsprechenden Bescheid abwarten.

Die Folge des Minderertrages und des u.a. daraus entstehenden Defizites von etwa 6,2 Mio. Euro sei, so Herr Kreisdirektor Stratmann, dass eine Maßgabe der erteilten Haushaltsgenehmigung nicht eingehalten werden könne. Hier habe es bereits intensive Gespräche mit der Kommunalaufsicht bei der Bezirksregierung Arnsberg gegeben. Ziel sei es nun, dass Defizit für 2007 auf einen Betrag von unter 5 Mio. Euro zu bringen, um die besagten Regelungen in der Haushaltsgenehmigung doch noch erfüllen zu können.

Der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen nimmt den Budgetbericht zum Stichtag 30.06.2007 sowie die Ausführungen des Kreiskämmerers zur Kenntnis.

Punkt 3

Vermögens- und Schuldenübersicht des Kreises Unna zum Stichtag 01.01.2007

- mündlicher Bericht

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann stellt die Vermögens- und Schuldenübersicht des Kreises Unna zum Stichtag 01.01.2007 ausführlich anhand einer Präsentation vor. Diese ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Im Anschluss an den Vortrag beantworten Herr Kreisdirektor Stratmann und Herr Appel Fragen aus Reihen des Ausschusses.

Punkt 4

163/07

Konzernbericht;

Antrag der CDU-Fraktion vom 06.08.2007

Erörterung

Auf Nachfrage von Herrn Steffen erläutert Herr Jasperneite den von der CDU-Fraktion gestellten Antrag. Ziel des Anliegens sei, dass den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen in regelmäßigen Abständen über vorhandene und mögliche Risiken berichtet werde, die im Zusammenhang mit den Kreisbeteiligungen stehen. Da der Beteiligungsverwaltung die entsprechenden Jahresberichte aller Gesellschaften vorliegen, solle diese in nichtöffentlicher Sitzung dazu berichten. Dadurch ergebe sich die Möglichkeit in der Gesamtheit zu beurteilen, ob es für den „Konzern Kreis“ Gefahren oder Risiken gebe. Insgesamt könne es sich dabei um einen lernenden Prozess handeln.

Herr Steffen weist darauf hin, dass man bei einer quartalsweisen Berichterstattung die einzelnen Gesellschaften dazu bringen müsste, entsprechende Zahlen zu liefern und das könne diesen alleine aus finanziellen Gründen nicht zugemutet werden. Mit einer regelmäßigen Berichterstattung im Rahmen des Möglichen sei man einverstanden, aber eine quartalsweise Berichterstattung halte man für übertrieben.

Es sei nicht verlangt, so Herr Jasperneite zur Klarstellung, von den Gesellschaften Vierteljahresabschlüsse einzufordern. Da aber die Jahresabschlüsse der Gesellschaften nicht immer zum gleichen Zeitpunkt bei der Beteiligungsverwaltung eingingen und somit nicht in der Gesamtheit darüber berichtet werden könne, sei es wünschenswert, in regelmäßigen Abständen darüber im Ausschuss informiert zu werden, um auf dem aktuellen Stand hinsichtlich eines möglichen Risikos zu sein.

Herr Kreisdirektor Stratmann erklärt, dass man aufgrund der Datenlage und auch personell derzeit dazu nicht in der Lage sei. Der Kreis Unna nehme bekanntlich an dem Pilotprojekt des Landes Nordrhein-Westfalen teil und sei aufgrund dessen in der Verpflichtung, bis 2009 den Konzernabschluss zu erstellen. Das Interesse der Politik an einer Risikobewertung sei nachvollziehbar und bestehe natürlich auch bei der Verwaltung. Eine Umsetzung sei möglicherweise nach Abschluss des Pilotprojektes in 2009 / 2010 machbar.

Die Mitglieder des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen einigen sich darauf, nicht über den Antrag der CDU-Fraktion abzustimmen. Für das Protokoll wird festgehalten, dass die Verwaltung sich auf den Weg macht, entsprechende Strukturen zu erarbeiten, um dem Antrag der CDU-Fraktion soweit möglich entsprechen zu können und um den Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen darüber zu informieren (z.B.

als Anlage zum Beteiligungsbericht oder Budgetbericht).

Punkt 5

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen im öffentlichen Teil ergeben sich nicht. Im Anschluss an den Tagesordnungspunkt wird die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 6

164/07

Ertragsoptimierung des RWE-Aktienvermögens

Punkt 7

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

